## Gemeinderat - Ö - vom 17.01.2012 1) TOP 1-008/12 Riedmaier, Alexandra - Verpflichtung als Stadträtin

Frau Alexandra Riedmaier wird von Oberbürgermeister Thorsten Frei auf die gewissenhafte Erfüllung ihres Amtes als Stadträtin mit folgendem Wortlaut verpflichtet.

"Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und deren Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern."

Frau Alexandra Riedmaier spricht die Verpflichtungsformel nach.

# 2) TOP Bürger fragen

Keine.

# 3) TOP 1-001/12 Gemeinderat - Änderung Ausschussbesetzung

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

# 4) TOP 1-004/12 Oberbürgermeisterwahl - Wahltermin

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

# 5) TOP 1-002/12 Amt 6 Bildung und Soziales - Wiederbesetzung Stelle Sachbearbeitung Wohngeld

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

# 6) TOP 1-003/12 Stadtbibliothek - Wiederbesetzung Stelle Bibliotheksassistentin

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

## 7) TOP 1-005/12 Kraftfahrzeugkennzeichen Donaueschingen

Bürgermeister Kaiser erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Tagesordnungspunkt.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird

zugestimmt.

(24 Ja, 6 Enthaltungen)

<u>Herr Zoller:</u> (Auf Frage von Stadtrat Probst) Eine Steuer dürfe gemäß Gesetz nicht erdrosselnd wirken und daher sei im § 7 der Satzung ein Höchstbetrag von 500-, € festgeschrieben.

Oberbürgermeister Frei: Die Festlegung eines Höchstbetrages sei bei Satzungen über die Erhebung einer Vergnügungssteuer allgemein üblich. Außerdem liege dieser Satzung eine Mustersatzung zu Grunde und in dieser seien Höchstbeträge festgeschrieben. Der Höchstbetrag sei auch von 450,- € auf 500,- € erhöht worden. Sobald Erhöhungen in der Vergnügungssteuer rechtlich möglich seien, würde die Verwaltung diese auch wieder dem Gemeinderat vorschlagen.

<u>Stadtrat Vetter:</u> Dem Verwaltungsvorschlag solle zugestimmt werden. Die Verwaltung schöpfe sicherlich bei der Vergnügungssteuer alles aus, was rechtlich möglich sei.

<u>Oberbürgermeister Frei:</u> (Auf Frage von Stadtrat Fischer) Die geänderte Vergnügungssteuersatzung könnte, da sie vor dem 30.06.2012 beschlossen werde, noch rückwirkend zum 01.01.2012 erfolgen. Er spreche sich aber im allgemeinen gegen die rückwirkende Erhöhung von Steuern und Beiträgen aus. Aus diesem Grund solle die Satzung zum 01.04.2012 in Kraft treten.

<u>Stadtrat Probst:</u> Er werde dem Verwaltungsvorschlag zustimmen, jedoch solle die Verwaltung, sobald die Abschaffung der Höchstbeträge möglich sei, eine entsprechende Satzungsänderung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen.

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadtrat Greiner) Die Umstellung auf die Bruttokasse sei eine Verwaltungsvereinfachung. Außerdem sei mit einem Steuersatz von 20 % in Bezug auf die Bruttokasse der maximal von der Rechtsprechung akzeptierte Steuersatz ausgeschöpft.

<u>Herr Zoller:</u> (Auf Frage von Stadtrat Wild) Vereinzelt, bei drei bis vier Spielautomaten würde der Höchstbetrag erreicht.

(Auf Frage von Stadtrat Probst) Die Betreiber eines Spielautomaten hätten gegenüber der Stadtverwaltung eine Anzeigepflicht über die Anzahl der Automaten. Des Weiteren würde die Verwaltung auch Kontrollen über die Richtigkeit der Angaben durchführen.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

## 9) TOP 2-001/12 Vereinsförderungsrichtlinie - Mietzuschüsse Donauhallen

<u>Herr Riedmann</u> führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein und weist darauf hin, dass die Bezuschussung der Mietsätze von Licht- und Tontechnik nur für die Anlagen gelte, die in den Donauhallen auch vorrätig seien.

<u>Stadtrat Karrer:</u> Die SPD-Fraktion werde dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Dennoch wäre es anhand von zwei Vereinen interessant zu erfahren, was sie für die Nutzung der Donauhallen vor der Modernisierung, danach und jetzt mit dem Zuschuss für die Licht- und Tontechnik bezahlt haben und zu bezahlen haben.

Oberbürgermeister Frei: Auch er halte diese Lösung für sehr gut. In jedem Falle sei das gewünschte Ziel damit erreicht. Diese Regelung solle auch nur für die Donauhallen und nicht für die anderen Hallen in Donaueschingen und in den Ortsteilen gelten, da in den übrigen Hallen eine selbständige Bewirtung möglich sei.

<u>Stadträtin Dr. Jarsumbek:</u> Mit dieser Lösung sei nun ein schlüssiges Konzept bezüglich der Vereinsförderung gefunden worden. Die GUB-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

<u>Stadtrat Blaurock:</u> Eine Kostenaufstellung zu machen, halte er nicht für richtig. Durch die Modernisierung der Donauhallen sei die Qualität der Hallen und auch die Qualität der Technik gestiegen und somit nicht mehr mit den Gegebenheiten vor der Sanierung vergleichbar.

<u>Stadtrat Kuttruff:</u> Auch die Narrenzunft sei mit dieser Lösung sehr zufrieden. Mit diesem Konzept werde eine gute Grundlage für die Zukunft geschaffen.

#### Beschluss:

- Dem Vorschlag der Verwaltung auf Bezuschussung der Mietsätze von Licht- und Tontechnik in den Donauhallen für Donaueschinger Vereine, soweit die Anlagen in den Donauhallen vorrätig sind, in Höhe von 50 % aus Mitteln der städtischen Vereinsförderung wird zugestimmt.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt die städtischen Vereinsförderungsrichtlinien entsprechend zu ergänzen.

### 10) TOP 3-001/12 Viehmärkte - Sachstandsbericht

<u>Stadtrat Dr. Klotzbücher:</u> Über diese Sitzungsvorlage sei man sehr erfreut. Die FDP/FW-Fraktion halte die Viehmärkte für eine kulturelle Veranstaltung in Donaueschingen und daher solle auch alles dafür getan werden, dass auch weiterhin Viehmärkte in den Donauhallen stattfinden.

<u>Stadtrat Müller:</u> Die CDU-Fraktion danke der Verwaltung für dieses gute Ergebnis, das nach den Verhandlungen mit den Zuchtverbänden erzielt werden konnte.

<u>Stadtrat Karrer:</u> Die SPD-Fraktion schließe sich dem Dank an die Verwaltung an und werde den Beschlussvorschlägen ebenfalls zustimmen.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird

zugestimmt.

Oberbürgermeister Frei: Vor geraumer Zeit habe sich der Gemeinderat schon einmal mit dem Bau eines Kreisverkehrs an der Sebastianskapelle beschäftigt. Damals sei aber zugunsten des Baus eines Kreisverkehres am Autohaus Südstern auf den Kreisverkehr an der Sebastianskapelle verzichtet worden. Er halte den Bau eines Kreisverkehrs an der Sebastianskapelle aber für sinnvoll und verkehrstechnisch auch für sehr wichtig. Diese Maßnahme solle zeitnah umgesetzt werden, so dass eine provisorische Lösung nicht in Frage komme. Er könne sich die Durchführung der Maßnahme auch im Jahr 2013 vorstellen. Dies müsste der Gemeinderat aber im Rahmen der Haushaltsplanberatungen besprechen und entscheiden. Bezüglich er Abwicklung der Baustelle müsse eine vernünftige Lösung gefunden werden.

<u>Stadtrat Dr. Klotzbücher:</u> Ein Provisorium sei von der FDP/FW-Fraktion nur vorgeschlagen worden, weil man nicht damit gerechnet habe, dass die Maßnahme so zeitnah umgesetzt werden solle. Die Maßnahme solle im Jahr 2013 durchgeführt werden und gegebenenfalls sollen die Maßnahmen an der Stadtkirche um ein Jahr nach hinten verschoben werden.

<u>Stadtrat Müller:</u> Die CDU-Fraktion werde dem Bau eines Kreisverkehrs an der Sebastianskapelle zustimmen. Die Maßnahme solle wenn möglich im Jahr 2013 realisiert werden.

<u>Stadtrat Karrer:</u> Der Bau eines Kreisverkehres sei die richtige Lösung. Eventuell müsste aber der Radius verkleinert werden, da das Haus in der Lehenstraße 35 eventuell die Sicht versperre.

<u>Stadtrat Blaurock:</u> Die Details würden sicherlich in einer Sitzung des Technischen Ausschusses nochmals beraten. Wichtig sei dabei auch, dass auf die Frage der Radwegeführung eingegangen werde. Durch den Kreisverkehr beim Südstern sei deutlich geworden, dass die restlichen Ampelanlagen im Hindenburgring den schnellen Verkehrsfluss stoppen. Der Bau von Kreisverkehren an diesen beiden großen Kreuzungen würde dies sicherlich ändern.

<u>Stadträtin Dr. Jarsumbek:</u> Heute solle lediglich ein Grundsatzbeschluss gefasst werden. Die Details würden im Technischen Ausschuss beraten. Die GUB-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Oberbürgermeister Frei: Heute solle grundsätzlich dem Bau eines Kreisverkehrs an der Sebastianskapelle zugestimmt werden. Detailfragen würden in einer Sitzung des Technischen Ausschusses besprochen. Die beiden Ampelanlagen im Hindenburgring würden tatsächlich den schnellen Verkehrsfluss verhindern. Da aber bei diesen Kreuzungen eine Landesstraße eine städtische Straße kreuze, sei die Realisierung von Kreisverkehren nur mit der Unterstützung des Landes machbar.

<u>Stadtrat Dr. Klotzbücher:</u> Der Verkehr auf dem Hindenburgring könnte auch mit der Änderung der Linksabbiegephasen beschleunigt werden.

<u>Herr Bunse:</u> Da die Änderung von Grünphasen mit hohen Kosten für die Umprogrammierung verbunden sei, sei dieses Vorhaben gescheitert.

<u>Beschluss:</u> Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

## **Friedhofskapelle**

<u>Stadträtin Rösch:</u> Bei einer vor kurzem stattgefundenen Beerdigung sei aufgefallen, dass die Türen im hinteren Bereich der Friedhofskapelle verschlossen waren. Künftig sollten diese geöffnet sein.

### **Kreisverkehre**

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadtrat Rögele) Eine Arbeitsgruppe des Regierungspräsidiums habe alle außerörtlichen Kreisverkehre Südbadens unter die Lupe genommen und geprüft, welche durch die angebrachte Kunst Autofahrer gefährden könnten, wenn diese gegen diese fahren würden. Aus seiner Sicht sei kein Kreisverkehr in Donaueschingen für Autofahrer gefährlich. Der Pferdekreisel sei innerörtlich und vor Jahren sei dieser Kreisel im Landtag als Vorzeigefall für erfolgreiche Unfallgefahrensenkung genannt worden.

## Fällung von Bäumen

<u>Herr Bunse:</u> (Auf Frage von Stadträtin Blaurock) Einmal im Jahr treffe sich die Baumkommission zu einer Begehung. Diese setzt sich aus Mitarbeitern der Verwaltung, des Umweltberaters Dr. Bronner und des Umweltbeauftragten des Landreises zusammen. Über die Ergebnisse dieser Begehung werde der Technische Ausschuss in der Sitzung am 31. Januar 2012 informiert.